

Antragsteller/-in: Holger Ingendoh, CDU-Fraktion

Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Umgehende Sperrung der Parkfläche an der Matzenberg-/Pfälzer Straße für Wohnmobile und Entwicklung eines Nutzungskonzepts für die Fläche“

Beratungsfolge

Bezirksvertretung Sterkrade

Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, die Parkfläche an der Matzenberg Straße Ecke Pfälzer Straße umgehend für die Nutzung durch Wohnmobile und Wohnwagen zu sperren. Parallel dazu sind von der Verwaltung unter Bürgerbeteiligung Nutzungsszenarien zu entwickeln, die eine Überplanung der Fläche gewährleisten. Ziel hierbei sind eine funktionale und optische Aufwertung für das Quartier. Zu berücksichtigen sind dabei folgende Punkte:

1. Die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen.
2. Überprüfung der Parkregelungen und Nutzungszeiten, um eine missbräuchliche Langzeitnutzung zu verhindern und so die Fläche flexibler und für Anwohner, Besucher und ansässige Gewerbetreibende und -kunden zugänglicher zu machen.
3. Fokus auf eine Attraktivierung unter Berücksichtigung des Viertels und einer Steigerung der Aufenthaltsqualität.
4. Ermittlung des Bedarfs an Abstellplätzen für Wohnmobile und Wohnwagen im Stadtgebiet sowie Prüfung, inwieweit und in welcher Form die Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) private Anbieter bei der Schaffung zusätzlicher Abstellmöglichkeiten unterstützen kann.

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

1

2 Die Parkfläche an der Matzenberg-/Pfälzer Straße im Oberhausener Norden hat sich
3 in den letzten Jahren negativ entwickelt, weil sie zu einem dauerhaften Abstellplatz
4 für Wohnmobile und Wohnwagen geworden ist.

5 Nach der akuten Coronazeit wurde diese Fläche zunehmend auch von Fahrzeugen
6 aus anderen Städten genutzt. Das führt zu einer Vielzahl von Problemen, die sowohl
7 die Mobilität als auch die Lebensqualität und Gewerbenutzung in diesem Stadtteil
8 beeinträchtigen.

9 Öffentliche Parkflächen wie diese spielen eine zentrale Rolle für die Mobilität in
10 städtischen Gebieten. Sie sind darauf ausgelegt, Anwohnern, Pendlern, Besuchern
11 und Gewerbetreibenden kurzfristige Parkmöglichkeiten zu bieten.

12 Die aktuelle Entwicklung im Oberhausener Norden hat eine Dynamik gewonnen, die
13 das Erscheinungsbild des Quartiers beschädigt und gestoppt werden muss. Grund
14 dafür sind eine Ansammlung von Wohnmobilen, durch die die Aufenthalts- und
15 Wohnqualität für die Anwohner beeinträchtigt wird. Nicht selten werden die großen
16 Fahrzeuge über Monate abgestellt und nicht bewegt. In der Folge kann die Fläche
17 nicht regelmäßig gereinigt werden, was wiederum zu einer starken Verschmutzung
18 und Verwahrlosung des öffentlichen Raums führt. Auch der Wert der umliegenden
19 Immobilien erfährt durch den unattraktiven Zustand der Umgebung eine negative
20 Entwicklung.

21 Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, dass sich der kostenfreie Standort in der
22 „Community“ der Wohnmobilbesitzer herumgesprochen hat. Über die Stadtgrenze
23 hinaus pilgern Fahrzeughalter zum Abstellen ihrer Fahrzeuge zu dem Standort und
24 stellen diese dauernd dort ab. Die zunehmende Anzahl solcher Fahrzeuge
25 verdeutlicht natürlich auch den wachsenden Bedarf an geeigneten Abstellplätzen.

26 Angesichts dieser Entwicklung ist es unerlässlich, Maßnahmen zu ergreifen. Die
27 Sperrung der Fläche für Wohnmobile stellt den ersten wichtigen Schritt dar, um die
28 öffentliche Fläche kurzfristig wieder für alle Bürger der Stadt Oberhausen nutzbar zu
29 machen. Im Anschluss daran sollte die Stadtverwaltung ein Konzept entwickeln, das
30 eine nachhaltige Nutzung des Raumes sicherstellt und gleichzeitig den spezifischen
31 Bedürfnissen des Quartiers gerecht wird (Mix aus Parkplatzfläche auf der einen
32 Hälfte und Kinderspielplatz, Grünfläche, Skaterpark und vieles mehr könnten
33 Möglichkeiten darstellen und sollten unter Bürgerbeteiligung entwickelt werden).

34 In den vergangenen Jahren hat sich ein deutlich erhöhter Bedarf an Abstellplätzen
35 für Wohnmobile ergeben. Diesem Bedarf muss entsprochen werden, ohne die
36 Besitzer der Fahrzeuge allein mit dem Problem zu belasten oder lediglich eine
37 Verdrängung herbeizuführen. Gleichzeitig kann die Unterbringung dieser Fahrzeuge
38 jedoch nicht kostenfrei im öffentlichen Raum erfolgen, vor allem nicht auf eine Art,
39 die als Anziehungspunkt für auswärtige Fahrzeuge dient. Daher soll zusätzlich
40 geprüft werden, ob durch eine Kooperation mit privaten Anbietern, wie dem Mega-
41 Mietpark am Eisenhammer, alternative zusätzliche Stellflächen geschaffen werden
42 können. Dies würde den wachsenden Bedarf an Abstellplätzen abdecken, ohne
43 dabei städtische Flächen übermäßig zu belasten.

Anlage/n

Keine